

Anträge an die Personalversammlung der Hauptschulen am 20.11.2014

Antrag 1: Der Personalrat soll sich dafür einsetzen, dass die Sonderpädagogische Förderung für die Schülerinnen und Schüler mit Förderbedarf an den Hauptschulen im Regierungsbezirk Düsseldorf zeitnah sichergestellt wird. Sollte dies nicht zeitnah möglich sein, müssen die Schülerinnen und Schüler an den Orten gefördert werden, an denen die sonderpädagogische Unterstützung gewährleistet ist.

Antrag 2: Der Personalrat soll sich dafür einsetzen, dass die personellen Ressourcen zur Beschulung der Schulformwechsler von den Realschulen, Gesamtschulen und Gymnasien bereits zu Beginn jeden Schuljahres an den Hauptschulen zur Verfügung stehen.

Antrag 3: Der Personalrat soll sich dafür einsetzen, dass genügend Lehrerinnen und Lehrer für die Beschulung der Seiteneinsteigerklassen und Auffangklassen an Hauptschulen zur Verfügung stehen. Des Weiteren soll sich der Personalrat dafür einsetzen, dass auch an anderen Schulformen verstärkt Seiteneinsteigerklassen eingerichtet werden.

Antrag 4: Die Personalversammlung fordert den Personalrat auf, sich für die sofortige Angleichung der Pflichtstunden auf das Maß der Sekundarschulen von 25,5 Stunden einzusetzen. Es gibt keine sachliche Begründung, dass Hauptschullehrkräfte 2,5 Wochenstunden länger arbeiten müssen als Lehrkräfte an den Sekundarschulen.

Antrag 5: Die Personalversammlung fordert den Personalrat auf, sich für die drastische Eindämmung der Mehrarbeit einzusetzen. Die Anordnung von Mehrarbeit wird dazu benutzt, die fehlende Vertretungsreserve und die Unterbesetzung an den Schulen auf Kosten der Beschäftigten an den Hauptschulen auszugleichen. Das ist ungesetzlich, weil die Anordnung von Mehrarbeit nur in Ausnahmesituationen erfolgen darf und nicht als Instrument eingesetzt werden darf, um fehlende Lehrerstellen zu kompensieren.

Antrag 6: Die Personalversammlung fordert den Personalrat auf sich dafür einzusetzen, dass der Altersurlaub für Lehrkräfte wieder in Anspruch genommen werden kann. Es ist völlig unverständlich, dass sogar ein selbstfinanzierter frühzeitiger Ausstieg nicht genehmigt wird - auch dann nicht, wenn die eigene Schule geschlossen wird und im letzten Berufsjahr noch ein Wechsel stattfinden muss.

Antrag 7: Die Personalversammlung fordert den Personalrat für Lehrerinnen und Lehrer an Hauptschulen bei der Bezirksregierung Düsseldorf auf, sich über den Hauptpersonalrat beim MSW dafür einzusetzen, dass angestellte Lehrkräfte endlich mit ihren verbeamteten Kolleginnen und Kollegen gleichgestellt werden.

Antrag 8: Die Personalversammlung fordert den Personalrat auf sich dafür einzusetzen, dass die Eingruppierung der angestellten Lehrkräfte endlich mit einem Tarifvertrag geregelt wird. Wir erwarten, dass der Tarifvertrag die Unterschiede zwischen angestellten und verbeamteten Lehrkräften endlich beseitigt.

Antrag 9: Die Personalversammlung fordert den Personalrat für Lehrerinnen und Lehrer an Hauptschulen bei der Bezirksregierung Düsseldorf auf, sich über den Hauptpersonalrat beim MSW dafür einzusetzen, dass das Land NRW die Altersteilzeit für tarifbeschäftigte Lehrerinnen und Lehrer mit Landesmitteln zu den Bedingungen von 2009 wieder ermöglicht.

Antrag 10: Die Personalversammlung beauftragt den Personalrat für Lehrerinnen und Lehrer an Hauptschulen bei der Bezirksregierung Düsseldorf, sich über den Hauptpersonalrat beim MSW dafür einzusetzen, die ursprünglich (bis zum 31.12.2001) existierende Gesamtversorgung im Öffentlichen Dienst in ihrer alten Form (mit Dynamisierung) wiederherzustellen - und zwar für die Kollegen, die vor dem 01.01.2002 eingestellt wurden und für alle Kolleginnen und Kollegen, die seitdem eingestellt wurden und zukünftig eingestellt werden. Der Antrag soll den Hauptpersonalräten und den im Landtag vertretenden Parteien zugeleitet werden.

Antrag 11: Der Personalrat soll sich dafür einsetzen, dass Stellen für Pädagogische MitarbeiterInnen bei Eignung auch für die Fachkräfte der Schulsozialarbeit ausgeschrieben werden. Die Fachkräfte der Schulsozialarbeit haben fundierte Kenntnisse der pädagogischen und organisatorischen Rahmenbedingungen von Schulen. Sie sind kompetent in Beratungsaufgaben, in den Fragen des Jugendschutzes und der Bildungs- und Erziehungspartnerschaft von Schule und Eltern. Sie haben Erfahrung in der Begleitung von Netzwerken und häufig auch in der Organisation von Fortbildungen und Fachtagungen.